



Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzl. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzl., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. f. l. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 2. Dezember d. J. den Hofkonzipisten der königlich ungarischen Hofkanzlei Alexander Merey v. Kapomére zum Hofsekretär extra statum bei derselben Hofstelle allernädigst zu ernennen geruht.

Mit Beziehung auf den §. 15 der Kundmachung vom 8. November d. J. wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die Hinausgabe der Staatschuldverschreibungen des Subskriptionsanlehens von 25 Mill. Gulden am 7. Dezember d. J. beginnen wird.

Wien den 6. Dezember 1864.

Vom f. l. Finanzministerium.

Am 6. Dezember 1864 wurde in der f. l. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XXXIX. Stück des Reichsgesetzesblattes ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 89 den Erlass der Ministerien der Justiz und des Handels vom 2. Dezember 1864, wodurch auf Grund der Allerhöchsten Entschließung vom 28. November 1864 das Institut der Beisitzer aus dem Handelsstande bei den Handelgerichten und den Handelsräten der Gerichtshöfe erster Instanz gleichmäßig geregelt wird. Wirksam für die Königreiche Böhmen, Galizien und Lodomerien mit den Herzogthümern Auschwitz und Bator und dem Großherzogthume Krakau, das Lombardisch-venetianische Königreich und Dalmatien, das Erzherzogthum Österreich unter und ob der Enns, die Herzogthümer Schlesien, Steiermark, Kärnten, Krain, Salzburg und Bukowina, die Markgrafschaft Mähren, die gefürstete Grafschaft Tirol, das Land Vorarlberg, die gefürstete Grafschaft Görz und Gradiska, die Markgrafschaft Istrien und die Stadt Triest mit ihrem Gebiete.

Vom f. l. Redaktions-Bureau des Reichsgesetzesblattes.

Nichtamtlicher Theil.

Bei der für den Monat Oktober 1864 gepflogenen Abrechnung zwischen dem f. l. Aerar und dem kain. Grund-Entlastungs-Fonde stellten sich die Einnahmen, einschließlich eines aus dem Landes-Fonde entnommenen Vorschusses pr. 11.872 fl. 2 $\frac{1}{2}$ kr., mit 89.356 fl. 83 $\frac{1}{2}$ kr. und die Ausgaben mit 7.624 " — " sonach ein Einnahme-Ueberschuß mit 81.732 fl. 83 $\frac{1}{2}$ kr. herans, wodurch das mit Ende Sept. 1864 verbliebene Aerarialguthaben pr. 32.963 " 82 $\frac{1}{2}$ " nicht allein gedeckt wurde, sondern sich ein schließliches Fonds-Guthaben pr. 48.769 fl. 1 kr. ergab.

Vom kainischen Landesausschüsse.
Laibach am 2. Dezember 1864.

Laibach, 8. Dezember.

Die sechsläufige Adressdebatte im Abgeordnetenhaus ist vorüber und die Wiener Blätter stellen nun „stille Betrachtungen“ über die Bedeutung und den Werth des parlamentarischen Gesetzes an. Die „D. D. P.“, eingeweiht in die Vorgänge hinter den Coussinen und zwischen den Bänken des Abgeordnetenhauses, bekennt, daß das Bewußtsein, ein Theil der Schäden liege in einer angeerbten Krankheit, manche

Insertionsgebühr für eine Garmon- oder Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. m. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Insertate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

14. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 6. Dezember.

Auf der Ministerbank: Schmerling, Mecsey, Lasser, Plener, Hein, Burger, Frank, Sektionschef Falzberg.

Nach Mittheilung einiger Einläufe ergreift der Marineminister v. Burger das Wort, um die in einer der früheren Sitzungen an ihn gerichtete Interpellation betreffs des Transportes der mexikanischen Freiwilligen auf dem „Bolivian“ zu beantworten. Die Verschiffung der in Österreich angeworbenen mexikanischen Freiwilligen, bemerkt der Minister, geschehe auf Grund einer zu Paris mit der Société transatlantique abgeschlossenen Konvention. Bevor der Vertrag abgeschlossen wurde, seien die zum Transport bestimmten Schiffe von einer eigenen Kommission, welcher über Ansuchen der mexikanischen Gesandtschaft ein österreichischer Marineoffizier, ein Kaiserlicher Ingenieur, sowie auch ein französischer Kommissär beigegeben worden war, untersucht und es seien hiebei die zum Transport bestimmten Schiffe vollkommen tauglich eingerichtet und rauhäßig besunden worden. Die räumlichen Verhältnisse lämmen jenen gleich, welche in dem englischen und französischen Reglement fixirt sind. Was den „Bolivian“ betrifft, so wurde gefunden, daß er 1100 bis 1150 Mann einnehmen könne und es wurden 1120 Mann auf denselben eingeschifft. Die Behauptung, daß jenes Schiff überfüllt war, sei daher unbegründet. Bei der Beurtheilung dieses Umstandes biete nicht der Vergleich mit gewöhnlichen Auswandererschiffen, welche Männer und Frauen, Kinder und Greise, Kranke und Gesunde aufnehmen, während ein Kriegstransportschiff für am militärischen Dienst gewohnte Männer bestimmt sei.

Finanzminister v. Plener: Es seien der Regierung Klagen zugekommen, daß große Vorräthe von erzeugtem Zucker wegen Mangel an Absatz erliegen und daß aus dieser Ursache ein schwerer Druck auf der Zuckerverindustrie laste. Als ein Mittel zur Erleichterung sei die Ermöglichung eines Exports ins Ausland angeführt worden. Eine der Hauptklagen betreffe die Steuerrückvergütung, bei welcher das zu Grunde gelegte Erzeugungsverhältniß gegenwärtig nicht mehr zutreffe. Die Regierung habe die Klagen um so beachtenswerther gefunden, als es sich um einen Industriezweig handelt, der in volkswirtschaftlicher Beziehung von großer Bedeutung sei und er bringe deshalb in Folge allerhöchster Ermächtigung einen Gesetzentwurf ein, durch welchen die Exportbonifikation für den Rohzucker um den Betrag von 75 kr. für Raffinade um 92 kr. erhöht wird. Diese Erhöhung entspreche der Annahme, daß heuer nicht wie bisher 12 $\frac{1}{2}$ Br. Rübe, sondern 15 $\frac{1}{2}$ Br. notwendig sind, um einen Centner Rohzucker zu erzeugen. Der Minister macht auf die Dringlichkeit des Gegenstandes aufmerksam, denn, wenn das Gesetz den beabsichtigten Zweck erreichen soll, müsse es so gleich in Wirklichkeit treten. Der Minister beantragt, daß von den Bestimmungen der Geschäftsordnung Umgang genommen und die Sache mit möglichster Beschleunigung behandelt werde.

Präsident erklärt, daß er die Regierungsvorlage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen werde.

Es wird zur Fortsetzung der Adressdebatte geschritten.

Alinea 19 spricht aus, daß die Prüfung der Staatsrechnung für 1862 nur durch das Gesetz über Ministerverantwortlichkeit ihre wahre Bedeutung erlangen könne.

Berichterstatter Dr. Gisfra motiviert den Standpunkt des Ausschusses.

Als Redner für den Entwurf sind eingeschrieben: Demel, Oberst.

Abg. Demel spricht über die wiederholt angelegte Frage des Ministerverantwortlichkeitsgesetzes. Er erwähnt der seiner Zeit von der Regierung in Folge allerh. Ermächtigung abgegebenen Erklärung und der Handlung, welche die verschiedenen Interpellationen über diesen Gegenstand im Hause erfahren haben. Das Ministerverantwortlichkeitsgesetz sei eine prinzipielle Notwendigkeit von dem Standpunkte des Konstitutionalismus und eine spezielle Notwendigkeit für Österreich. Denn Österreich bedürfe dieses Gesetzes, damit die Verfassung zur Wahrheit werde, sagt Redner, indem er nachzuweisen sucht, daß das Steuerbewilligungsrecht, welches nach §. 10 der Verfassung dem Hause zusteht, durch den §. 13 paralysirt werde. Man spreche dem Hause das Recht ab, die Verfassung zu interpretiren, wenn ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz in Kraft bestünde, würde man dann einen anderen Weg einschlagen, man würde nicht mehr interpretiren; sondern die Regierung für ihre Interpretation verantwortlich erklären. Dem Hause stehe auch die Kontrolle über die Verwaltung zu, wie könne man aber kontrolliren, wo der zu Kontrollirende sich der Verantwortung entziehen kann. Redner sieht in dem erwähnten Gesetz das einzige Heil für die Durchführung der Verfassung.

Abg. Oberst zitiert eine Stelle aus dem Gesetze seines eigenen Vaterlandes (Siebenbürgen), welche die Verantwortlichkeit der Regierung, gegenüber dem Landtage betrifft, und sagt, daß er schon deshalb, weil in seinem Vaterland das Prinzip der Ministerverantwortlichkeit stets bestand, die seiner Zeit eingeholte Schindler'sche Interpellation unterstützte. Er könne nicht glauben, daß die Verantwortlichkeit der Regierung der Ausführung der Verfassung hinderlich im Wege stehen könne, vielmehr sei sie für die Reichseinheit Notwendigkeit. Nur in jenem Lande wird man einem solchen Gesetze keinen Werth beilegen, wo man es blos für ein Stück Papier hält. Er spricht sich für den Entwurf aus.

Abg. Mühlfeld ist der Ansicht, daß die Verfassung eines ausführlichen Gesetzes über Ministerverantwortlichkeit sehr schwierig sei, und daß die Anerkennung dieser Schwierigkeit in vielen Staaten, wo das Prinzip anerkannt wurde, doch die Ausführung noch nicht zu Stande kam. Auch in Österreich werden sich der Abfassung eines solchen Gesetzes sehr viele Schwierigkeiten entgegenstellen. Es handle sich jetzt aber eben nicht um die Vorführung eines solchen Gesetzes, sondern um den Ausdruck des lebhaftesten Wunsches, daß ein ähnliches Gesetz, wie seiner Zeit in dem engeren Reichsrath beantragt, aber wegen Inkompétenz zurückgewiesen wurde, von der Regierung vorgelegt werde. Die Verfassung habe auch in dem Punkte der Ministerverantwortlichkeit eine Lücke. Die Gesetze über Immunität der Abgeordneten, der persönlichen Freiheit, des Hausraths &c. seien in anderen Verfassungen angesprochen, in der Verfassung vom 26. Februar fehlen diese und müßten durch eigene Gesetze festgestellt werden. Ebenso sei es notwendig, daß die Verantwortlichkeit der Regierung durch ein eigenes Gesetz festgestellt werde. Redner erwähnt des Gesetzes vom Jahre 1851, welches die Minister dem Kaiser allein verantwortlich macht, und welches noch in Kraft sei, deshalb schon sei es notwendig, durch ein eigenes Gesetz das frühere aufzuheben und die Verantwortlichkeit der Volksvertretung gegenüber anzusprechen.

Berichterstatter verzichtet auf das Wort, worauf Alinea 19 mit großer Majorität angenommen wird.

Alinea 20 spricht von den Bedrängnissen, unter welchen die Industrie handelt.

Berichterstatter Dr. Gisela betont die Notwendigkeit einer einheitlichen Leitung der volkswirtschaftlichen Angelegenheiten und sagt, es wundere ihn gar nicht, daß der Handelsminister bei der jetzigen Organisation dieses Ministeriums nicht thakräftig reformirend einschreiten könne.

Zu dieser Alinea sind eingeschrieben: gegen dieselbe: Winterstein, für dieselbe: Stene und Freih. v. Diese.

Abg. Winterstein bellagt sich zuerst darüber, daß die Regierung dem im Vorjahr ausgesprochenen Wunsche nach Vorlegung eines Blaubuches nicht entsprochen habe, weshalb er die volkswirtschaftliche Politik der Regierung nur aus den Erfolgen beurtheilen könne. Auf die deutsche Handelsfrage übergehend, sagt Redner, er könne der Haltung der Regierung seit Abschluß des französisch-preußischen Handelsvertrages, welche in der Cirkularnote vom 10. Juli 1862 ihren Ausdruck fand, seine Anerkennung nicht versagen. Nach einer herben Kritik der preußischen Haltung in der Handelsfrage, sagt Redner, unsere jetzige Isolirtheit auf dem Gebiete des Handels müsse uns zur Erkenntniß bringen, daß wir eben nur unsere eigenen Interessen im Auge haben sollen und daß unsere Konsumenten und unsere Producenten die einzigen Faktoren sind, welche wir zu berücksichtigen haben. Redner hält es für möglich, durch ein geeignetes Zollsystem dahn gelangen zu

können, daß unsere Nachbarstaaten die Notwendigkeit fühlten, die Zollverhandlung selbst wieder anzuknüpfen. Die Idee des Abschlusses von Handelsverträgen mit Frankreich und England besprechend, findet Redner, daß für uns dabei wenig Vorteile erwachsen. Unsere Rohprodukte werden stets dort ohne oder mit sehr geringem Zoll Eingang finden, dafür habe die Natur und die Verhältnisse gesorgt; der übrige Export sei aber derart, daß es nicht lohne, Opfer dafür zu bringen, welche doch Frankreich gegenüber gebracht werden müßten. Auch dieser Redner weist auf die Notwendigkeit eines schöpferischen Handelsministers hin, der Satz von den unerschöpflichen Hilfsquellen Österreichs wird so lange Phrasé bleiben, als der Mann nicht gefunden wird, der die Schätze zu heben versteht. Er habe sich gegen die Alinea einschreiben lassen, blos weil er der Ansicht sei, daß diese Alinea, welche den materiellen Notstand des Reiches bespricht, ihren Platz so weit rückwärts gefunden habe. Er wünscht dieser Alinea einen Platz am Eingange der Adresse. (Heiterkeit.)

Abg. Stene bedauert, daß man den Schwerpunkt des Staates nicht im Innern, sondern nach Außen suche und daß die Handelspolitik von der äußeren in's Schleppen genommen werde. Er geht in eine detaillierte Schilderung der Verhältnisse der Bodenkultur und all' der Katastoden ein, welche die Industrie in jüngster Zeit betroffen, für welche auch er nicht die Regierung allein verantwortlich machen kann.

Abg. Freiherr v. Riese - Stallburg spricht von dem Einfluß der Geldverhältnisse auf die Industrie und die Landwirtschaft. Er verlangt ein Dienstbotengesetz, ein Feldschutz- und ein Waldgesetz und spricht von der Notwendigkeit einer Donauregulirung und den Vorteilen, welche aus derselben dem Lande erwachsen werden. Auch ein Frachtentransportgesetz sei den Eisenbahnen gegenüber notwendig, um der willkürlichen Erhöhung der Tarifsätze entgegenzutreten. Das Wohl Österreichs liege nur in der Hebung der Volkswirtschaft.

Finanzminister Edler v. Plener: In der von dem Abg. Stene gehaltenen Rede kam die Stelle vor, daß es in Österreich überhaupt nicht besser werden werde, wenn die Staatsmänner ihre Überzeugung nicht höher halten, als das Amt, welches sie einnehmen. Den in diesen Worten liegenden, unwürdigen Vorwurf könne und dürfe das Ministerium nicht auf sich beruhen lassen und weise ihn hiemit entschieden zurück.

Präsident bemerkt, daß während der Rede des Abg. Stene ein solches Geräusch war, daß er und die beiden Herren Vizepräsidenten diesen Ausdruck überhört hätten, sonst würde er sich allerdings veranlaßt gefehlt haben, denselben als durchaus unparlamentarisch zu rügen, was er hiemit nachträglich zu thun sich genötigt sehe.

(Schluß folgt.)

Österreich.

Verona. Die piemontesische Regierung scheint sich die Aufhebung des Pferde-Ausfuhrverbotes nach Italien eifrig zu tun zu machen, denn seit der Aufhebung jenes Verbotes gehen fortwährend starke Pferde-Transporte über die Grenze. Die Pferde werden in Böhmen, Ungarn und Galizien angekauft und zur Komplettierung der Lücken der piemontesischen Kavallerie und Artilleriebespannung benutzt, so daß eine hemmende Verfügung in dieser Richtung sehr angezeigt wäre.

Aus Novaredo wird die Verhaftung mehrerer politisch Kompromittirter dasselbemeldet, darunter eines Dr. B., der als ein Mann von hervorragender Stellung bezeichnet wird.

Krakau, 4. Dezember. Kürzlich sind zwei große Hochverratsprozesse abgeschlossen worden. Hauptperson des einen war der Krakauer revolutionäre Stadtchef und Organisator der (zur Insurgirung des Landes bestimmten) Nationalwache, der etwas über 20 Jahre alte Student Stepanski; derselbe wurde zu 18 Jahren schweren Kerker, zwei seiner Komplizen (wegen Mitzuhilfe am Hochverrat) Kubala und Myszynski zu je 5 Jahren schweren Kerker verurtheilt, ein dritter (Bolucki) ab instantia losgesprochen, ein vierter (Truskowski) schuldlos erklärt. In dem zweiten Hochverratsprozesse wurde der revolutionäre Krakauer Polizeikommissär Trzaskowski, absolvierte Techniker, zu 12 Jahren schweren Kerker, Berthet reto Sindlinski (für welchen sich sogar die französische Gesandtschaft verwendet hatte) zu 6 Jahren schweren Kerker, Maciejowski zu 5 Jahren, Baron Domherr wegen Störung der öffentlichen Ruhe zu einem Monat Kerker verurtheilt. Wegen des gleichen Verbrechens wurde zu gleicher Strafe ein gewisser Baum verurtheilt, derselbe scheint eine sehr bewegte Vergangenheit hinter sich und namentlich Gründe zu haben, mit der russischen Polizei nicht in Konflikt zu kommen. Auf Grund seiner Angaben über die Generalien mußten Auskünfte in Warschau erbeten

werden, die erhaltenen Mittheilungen ließen entnehmen, daß dieselben falsch waren, ein Individuum Namens Baum sei nicht bekannt, man vermuthe einen ganz anderen stark kompromittirten Verbrecher in demselben und ersuche deshalb um Einsendung seiner Photographie. Diesem Verlangen konnte jedoch nicht entsprochen werden, da besagter Baum sich standhaft weigert, sein Antlitz dieser Procedur auszusetzen.

Ausland.

Frankfurt a. M., 4. Dezember. Das kaiserliche Kabinett in Wien hat sich über seine Intentio-nen rücksichtlich der Lösung der Erbsolgefrage in den Elbherzogthümern in ausführlicher Weise den Mittelstaaten gegenüber ausgesprochen. Die diesjährigen Erklärungen sind in einem Cirkulare enthalten, welches an die Vertreter Österreichs an den deutschen Höfen gerichtet ist. Die Erbsolgefrage soll sofort in Angriff genommen und dem Bunde sein berechtigter Einfluß ohne Widerspruch gewahrt werden. Preußen hat beigestimmt und so ist, Dank der Initiative der ersten deutschen Großmacht, mit Zuversicht zu erwarten, daß die Herzogthümmerfrage binnen Kurzem eine den Rechten und Interessen des Bundes entsprechende Erledigung finden werde.

Was die Beziehungen des neuen Staates zu Preußen betrifft, so ist es gewiß, daß dieselben nichts gegen das Bundesrecht werden enthalten können. Auch das hat man Österreich zu danken, welches wieder als wahre Großmacht gehandelt, nichts überstürzt, und doch das Ziel unverrückbar im Auge gehalten hat.

Dresden, 6. Dezember. Die sächsische Regierung hat in Folge des gestern vom Bundesstage gefassten Beschlusses die einberufenen Beurlaubten entlassen und heute eine Ordre zur Räumung an den holstein'schen Kommissär v. Köneritz und den General Hale abgesendet.

Kassel, 5. Dezember. In einer Extrasitzung des Stadtrates und Bürgerausschusses wurde einstimmig eine Zustimmungs- und Dankadresse an die Stände beschlossen. Der Schluß der Adresse lautet: „Fast ist die Hoffnung besserer Zustände geschwunden; fast vertraut niemand mehr der Heilung aus innerer Kraft und eigenen Mitteln. Wir halten den Gedanken fest, daß es den Ständen gelingen werde, verfassungsmäßig das Recht und die Wohlfahrt des Vaterlandes zu schirmen.“

Kiel, 6. Dezember. Eine heute veröffentlichte und allen Behörden zugesandte Bekanntmachung des Oberbefehlshabers der alliierten Armeen besagt: durch Art. 3 des Friedensvertrages sei der einstweilige Besitzstand in Holstein und Lauenburg auf die österreichisch-preußischen Majestäten übergegangen, welche denselben bereits angetreten haben. Gleichzeitig habe die Bundesregierung ihr Ende erreicht und die bisher von den Zivilkommissären geführte Oberverwaltung beider Herzogthümer aufgehört, sowie auch die sächsischen und hannover'schen Truppen das Land verlassen werden, welches fortan ausschließlich von österreichisch-preußischen Truppen besetzt bleibt.

Beide Regierungen haben beschlossen, die Oberverwaltung der drei Herzogthümer einstweilen in der Hand ihrer bisherigen Zivilkommissäre zu vereinigen und dadurch einen den Interessen der Herzogthümer entsprechenden provisorischen Zustand herbeizuführen, auf dessen Beendigung durch eine zu beschleunigende Entscheidung über die Zukunft der Herzogthümer unter Berücksichtigung aller wohlgegründeten Rechte und Ansprüche sie bedacht sein werden.

Turin, 5. Dezember. Im Senate sagt der Minister des Innern: Die Konvention werde die fremde Intervention aufhören machen. Italien habe ein Interesse daran, jede fremde Aggression, welche der weltlichen Macht zu Hilfe kommen wollte, zurückzuweisen. Wenn irgendeine Bewegung auf päpstlichem Gebiete ausbrechen würde, übernehme Italien keine Verpflichtung zur Unterdrückung derselben; die einzige Verpflichtung, welche Italien auf sich nehme, sei die, den Papst weder anzugreifen, noch ihn angreifen zu lassen.

Turin, 6. Dezember. Im Senat unterstellt General Cialdini die Verlegung der Hauptstadt mit strategischen Erwägungen. Er sagt, daß zwischen Italien und Österreich keine Transaktion möglich sei. Die Übergänge über die Apenninen seien wahrhafte Thermophylen. Die Rede Cialdinis wurde mit Beifall aufgenommen. Pallavicino bekämpft die Konvention, will nach Rom gehen und wegen Benedicks Krieg führen. Graf Revel tadelte die Konvention aus anderen Gründen und glaubt, daß die Unabhängigkeit der weltlichen Macht des Papstes notwendig sei. Lamarmora billigte die Erwägungen Cialdinis.

Turin, 6. Dezember. (Pr.) Tiefen Eindruck machte die Rede Durando's im Senate über Ursprung und Bedeutung der Konvention. Favaro entwickelte den Gedanken zuerst auf Basis des Grundgesetzes von der freien Kirche im freien Staate. Seine Verhandlung mit Rom scheiterte, er verhandelte demnach mit Frankreich auf Grund des Nichteinnischungsprin-

zips. Der Urheber des Konventions-Gedankens sei jedoch eine hohe französische Persönlichkeit (Prinz Napoleon). Durando las einen Brief desselben vom 21. April 1861, dessen Hauptstellen wörtlich mit der Konvention stimmen. Der wahre Sinn des Ganzen aber sei: der Papst regiert zu Rom. Der König verwalte zu Florenz. Durando wird als künftiger Minister-Präsident bezeichnet.

Paris. Nach dem „Mem. dipl.“ hätte Graf Rechberg dem Lord Clarendon, als dieser Eröffnungen in Betreff Venetiens zu machen versuchte, zur Antwort gegeben: „Wenn England Irland vollständig emanzipirt haben wird, werden wir ihm das Recht zuerkennen, uns Rathschläge bezüglich Venetiens zu geben.“ Bis dahin aber, Mylord, müssen Sie der Erste sein, der die Einsicht hat, das es verlorene Mühe sein würde, über unmögliche Eventualitäten zu diskutiren.

Kopenhagen, 6. Dezember. In der gestrigen Abendsitzung des Volkssting siegte das Ministerium gegen Monrads Vorschlag. Hansens Vorschlag auf Verhandlung der Verfassungsordnung zwischen König und Reichstag allein wurde verworfen; der Gesamtvorschlag in dritter Lesung mit 58 gegen 27 Stimmen angenommen.

Im Laufe der Debatte bemerkte der Finanzminister, die bevorstehende Armeereduktion umfasse 140 Offiziere; bedeutende Reduktionen in anderen Branchen würden folgen.

Aus St. Petersburg geht dem „Botsch.“ das folgende vom 17./29. November datirte Schreiben zu:

„In der deutsch-dänischen Streitsache hat Russland einen Beweis von Gerechtigkeit und Uneignügigkeit gegeben, welcher in Deutschland nicht genug anerkannt zu werden scheint. Der Kaiser übertrug seine Rechte auf Anteile an Schleswig-Holstein dem Großherzoge von Oldenburg, um die schleswig-holsteinische Frage zu einer rein deutschen zu machen, die von den deutschen Staaten en famille zu ordnen ist. Das weitere zu thun, ist nun Sache des Bundesrates, in dessen Entscheidungen sich keine fremde Macht mehr einmischen kann. Russland hat durch dieses Opfer bewiesen, wie viel ihm an der Freundschaft Deutschlands gelegen ist. Gewiß tragen die Familienverbindungen mit fast allen Hößen des protestantischen Deutschlands dazu bei, daß es uns natürliche Politik ist, die deutschen Interessen zu fördern. Unsere Theilnahme gilt dabei Deutschland als einem Ganzen; dieses ist es, dessen Freundschaft wir suchen. Die Einheit der Deutschen unter sich liegt in unserem Interesse. Daß zur Verstärkung dieser Einheit der deutsche Bund zu reformiren ist, versteht sich wohl von selbst. Diese Reform aber muß, wie es uns scheint, vom Bunde selbst ausgehen. Die Reform muß von oben herunter bewerkstelligt werden, wie bei uns in diesem Augenblicke. Können die Deutschen zu ihren Fürsten nicht das Vertrauen haben, welches wir zu Alexander II. haben? Wir gehen mit raschen Schritten vorwärts. Sonderbar ist die Zahl II im Namen großer reformirender Herrscher: Friedrich II., Josef II., Alexander II.!

Unsere Regierung wird bei der Aufhebung der polnischen Klöster nicht stehen bleiben. Sie waren die Herde des Aufstandes gewesen. Das Klostervermögen, welches revolutionären Zwecken gewidmet worden war, kommt nun den Unterrichts- und Wohlthätigkeitsanstalten zu Gute. Mönche und Nonnen erhalten Pensionen. Aber man wird sich um einen Schritt weiter von Rom emanzipiren, worüber Sie in nicht langer Zeit öffentliche Nachrichten erhalten werden. Die katholische Kirche in Polen kann sehr gut durch eine Synode geleitet werden, gerade wie die russische.“

St. Petersburg, 6. Dezember. Ein kais. Ucas vom 2. d. M. übermittelt dem Senate zur Promulgation die fanktionirte allgemeine Gerichtsorganisation, das Strafgesetzbuch, den Zivilprocedurcodex, endlich die Kriminalprocedur für die Friedensrichter.

Aus Belgrad, 30. November, schreibt man der „D.-D. P.“: Ich beeile mich, Ihnen eine sehr wichtige Nachricht mitzutheilen, deren Wahrheit ich Ihnen verbürge. Am 22. November ist in Albanien, und zwar im Nischauer Paschalik, im Kreis Kurschurli, ein Aufstand ausgebrochen, dessen Tragweite vor der Hand noch nicht zu bemessen ist. An der Spitze der Bewegung figurirt ein noch ganz unbekannter Name, nämlich ein Spahija (Gutsbesitzer), Bichmet genannt. Um diesen neuen Helden sind bis jetzt bereits 600 Arnauten versammelt, welche nicht eher die Waffen niederlegen zu wollen erklären, bis ihnen die Cerealistensteuer (bisher 10, von nun an 15 Prozent in natura) erlassen sein wird. Auf die erste Runde von dieser Erhebung eilte Mitachat-Pascha, der neue Gouverneur der europäischen Türkei (da man jetzt das ganze Reich in drei und die europäische Türkei in eine Provinz eingetheilt hat), in Begleitung eines Regiments Infanterie, 200 Mann Kavallerie mit 2 Kanonen nach dem Schauspiale des Aufruhrs — und augen-

blicklich ist das Resultat des wahrscheinlich vorgestern gelieferten Gefechtes noch unbekannt.

— 5. Dezember. Eine mir eben zugehende Nachricht berichtet von der Beilegung des Aufstandes in Albanien, indem der Anführer sammt sechs anderen Rädelsführern sich dem Pascha freiwillig ergeben haben. Zu einem Blutvergießen ist es nicht gekommen.

Der Fürst von Montenegro scheint ernstlich an die Zivilisirung seiner Unterthanen zu denken. In dem Kloster von Cettinje werden 24 Jünglinge auf Unkosten des Fürsten verpflegt und unterrichtet. Zu diesem Zwecke hat dieses zwei Lehrer aus Dalmatien engagirt, welche den Unterricht besorgen. Auch hat er eine Art Normalschule mit vier Klassen für Knaben gestiftet. Im nächsten Schuljahre sollen zwei Lehrkräfte errichtet werden, in denen junge Leute, die sich der Seelsorge widmen wollen, den nothwendigsten theologischen Unterricht erhalten werden. Auch läßt der Fürst eine politisch-literarische Zeitung gründen, welche in Cettinje in illyrischer Sprache erscheinen wird.

Bu diesem Behufe hat er den dalmatinischen Publizisten Sundecic nach Cettinje berufen und ihm den Auftrag gegeben, die alte Druckerei, welche Peter II. im Kloster von Cettinje gestiftet hatte, wieder in Stand zu setzen. So scheint er wirklich gesonnen zu sein, das Werk der Zivilisirung, welches Peter I. und Peter II. begonnen hatten und das an dem wil-

den Sinn des Volkes scheiterte, fortzusetzen. Dazu wäre dem Lande aber ein längerer Friede nothwendig.

— Die verwitwete Fürstin Darinka, die sich mit so vielen Unkosten in Cettinje einen Palast hat bauen und einrichten lassen, ist über Corfu nach Frankreich abgereist und wird den Winter in Paris zubringen, wo sie bei Hofe immer mit Auszeichnung behandelt wird und ihr Bruder beim Ministerium des Neufers angestellt ist. Politische Zwecke dürften dieser Reise nicht fremd sein, den mit solchen beschäftigt sich die Fürstin sehr gern.

Der Korrespondent der „Times“ in Mexiko, der bekanntlich die Aussichten für das junge Kaiserthum bisher pessimistisch schilderte, hat sich jetzt (ddto. 29. Oktober) zur entgegengesetzten Ansicht bekehrt; nach dem glänzenden Empfang, welchen der Kaiser überall im Innern gefunden habe, wäre es absurd zu bestreiten, daß die große Masse des mexikanischen Volkes für die neue Ordnung der Dinge ist. . . .

„Was aus Juarez geworden ist“, schreibt er, „scheint Niemand zu wissen, noch sich darum zu kümmern. Gleich allen mexikanischen Verühmtheiten hat er seine kleine Bahn durchlaufen, und man wird schwerlich mehr von ihm hören. . . . Der Kaiser war auf

seiner Fahrt durch das Binnenland sehr erstaunt über den Mangel an Verkehr zwischen den verschiedenen Theilen seines weiten Reiches; er hat überall Reparatur der Straßen befohlen, und sobald der Regen aufhört, soll eine Fahrstraße zwischen Queretaro und Tampico eröffnet werden, wozu er selbst die große Summe von 60.000 Thalern gezeichnet hat. Senor Luis Robles (ein Bruder des von Juarez so grausam gemordeten Mannes) hat die Konzession für eine Eisenbahn zwischen Guanajuato und Queretaro erhalten; das Kapital beträgt 5 Millionen Thaler in Altien zu 150 D. Drei Gesellschaften, darunter eine mexikanische, wollen eine Dampfschiffahrt von Acapulco nach Guaymas einrichten, mit Stationen in allen Häfen des Stillen Meeres. Aber, was noch erstaunlicher ist, eine Nationalbank mit einem Kapital von 20 Millionen Thalern tritt so eben in's Leben; die eine Hälfte des Kapitals soll hier, die andere in Europa aufgebracht werden. Das Projekt wird dem Kaiser in wenigen Tagen vorgelegt. Alles das

zeugt wohl für Vertrauen in den jetzigen Stand der Dinge.“

New-York, 26. November. General Sherman rückt in zwei Kolonnen gegen Augusta vor. Macon wurde verwüstet. Beauregard zeigt in einer Proklamation an, er eile nach Georgia, um Hilfe zu bringen.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 9. Dezember.

Heute Abend gibt die philharmonische Gesellschaft im Redoutensaale ein öffentliches, auch für Nichtmitglieder zugängliches Concert zum Besten ihres Fonds. Zur Aufführung kommt „Antigone“ nach dem Griechischen des Sopholles mit einem leitenden Gedichte von Christian Kaffner. Es ist eins der großartigsten und berühmtesten Tonwerke des unsterblichen Meisters Mendelssohn-Bartholdy, das hier noch nicht gehört wurde und das alle wahren Musikfreunde im hohen Grade fesseln muß. Wir glauben daher, daß das Concert ungemein zahlreich besucht und das Bestreben der philharmonischen Gesellschaft, dem Publikum durch Vorführen des Besten und Größten in der Tonkunst unvergeßlich Genüsse zu verschaffen, anerkannt werden wird.

— Morgen Abend hat das verdienstvolle Mitglied unserer Bühne, Herr Blumlaicher, sein

Benefiz. Gegeben wird ein von ihm selbst verfaßtes Stück: „Die Reise mit der Zither“, das allenthalben, wo es zur Aufführung kam, Beifall fand. Wir glauben, daran wird es hier auch nicht fehlen, und wird derselbe von einem vollen Hause gespendet werden, was wir dem Benefizianten von Herzen wünschen wollen.

— Der fürstlich Windischgrätz'sche Forstmeister in Haasberg, Herr Redaage, hat von Sr. Maj. dem Kaiser für das ausgezeichnete Arrangement der letzten Bärenjagd eine wertvolle Busennadel erhalten.

— Wie der „Osserv. triest.“ meldet, sind die Dampfer, welche die Freiwilligen nach Mexiko befördern, durch eine unlängst erlassene allerh. Entschließung zu Kriegstransportschiffen erklärt und als solche von der Errichtung der Tonnengebühren in allen österr. Häfen befreit worden.

— Ein trauriger Selbstmordfall ereignete sich beim Grazer l. l. Strafgerichte. Der Kaufmann F. N. wegen bedeutenden Wechselschändungen zur Einvernehmung vorgeladen, zögerte nicht, sogleich ein umfassendes Geständniß abzulegen; — im Momente der Beendigung des Protokolles aber fuhr derselbe mit beiden Händen zum Kopfe und zerschmetterte sich mit zwei Augeln aus verborgen gehaltenen Sackpistolen das Haupt.

— Die Grazer „T. P.“ schreibt: Der Bildhauer Hanns Gaßer, dessen geschicktem Meißel das hier zu errichtende Schiller-Denkmal anvertraut wurde, hat sich dahin ausgesprochen, daß die feinen Linien in der Physiognomie des edlen Dichters, wie sie so geistreich von Danneler erfaßt wurden, in der spröden Masse des Metalls nicht vollkommen wiederzugeben sind. Zudem oxidire das Metall, und die grüne Farbe, mit welcher sich dasselbe bald umziehe, würde in der grünen Umgebung der Schilleranlagen kein günstiges Bild geben. Das Schiller-Comite hat nun, dem Vernehmen nach, beschlossen, daß die Schiller-Büste aus Carraramarmor gemeißelt werde, während die Verbindung der Büste mit dem Sockel aus Metall gegossen wird. Für den Sockel, dessen Fertigung dem hiesigen Atelier des Hrn. Eduard Grein übergeben ist, wurde von Hanns Gaßer ein grauer Marmor gewählt, wozu der Block in nächster Zeit in Kärnten gebrochen werden wird.

Wiener Nachrichten.

Wien, 8. Dezember.

Se. kais. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Franz Karl haben dem vom Medizinalrathe Dr. v. Bisanzki gegründeten Unterstützungsvereine für geheilte Irre 50 fl. zum Ankaufe von Effesten als Gewinnstgegenstände zur beworstehenden Lotterie, — Se. l. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Albrecht prachtvolle Effesten im Werthe von einigen hundert Gulden gespendet.

— Se. l. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Ludwig Joseph haben dem Wiener Wohlthätigkeitsvereine zur Unterstützung von Hausarmen den Betrag von vierhundert Gulden für den Monat Dezember und zum Ankaufe von Brennholz zwanzig Gulden gnädigst gespendet.

— Die Schlüßsteinlegung des Rudolfspitals wird am 12. l. M., nächsten Montag, in feierlicher Weise stattfinden. Wie wir hören, werden diesem Alte sowohl Se. Maj. der Kaiser, als Ihre Maj. die Kaiserin, nebst der kaiserl. Hoheit dem Kronprinzen Rudolf und Ihrer kaiserl. Hoheit die Prinzessin Giessella beiwohnen.

— Der zur Berichterstattung über die Rogawski'sche Angelegenheit eingesetzte Ausschuß entschied mit 6 gegen 3 Stimmen auf die Erlösung des Mandates des Abgeordneten Rogawski. Dr. Berger legte in Folge dieses Beschlusses die Berichterstattung für diese Angelegenheit nieder.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 7. Dezember. Die Stadt ist weitestgehend geschmückt, sämmtliche Häuser sind dekoriert, besonders reich unter den Linden. Die Gewerke mit Emblemen durchziehen die Stadt, das Geschäftsleben stockt, die wogende Menschenmasse geht freudig erregt zum Einzuge der Truppen. Die Vorbereitungen zur Illumination sind glänzend.

Um 11 Uhr Vormittags stieg der König zu Pferde und besichtigte die Truppen, die ihn mit nicht-endenwollendem Hurraufen begrüßten. Der Einzug der Truppen erfolgte durch das Brandenburger Thor.

Der Oberbürgermeister sprach im Namen der Stadt zum Prinzen Friedrich Karl und General Manteuffel einige Willkommensworte, erinnernd an die Worte Friedrich Wilhelms III.: „Was Preußen erworben, es ist Deutschland gewonnen!“ Die Herzogthümer seien nur dann dauernd, sicher und zu rechtem Gewinne für Deutschland erworben, wenn und so weit Preußens Macht und Wehr sie schirmend umfängt, Preußens strenge Zucht, Ordnung und staatenbildende

Kraft sie umfasst. Großes ist erreicht. Es ruht die Hand noch am Schwerte. Der König wird ein rechtes Wort zur rechten Zeit sprechen; was er begonnen aus freier Entschließung die deutsche Ehre zu wahren, werde er einem ehrenvollen Ende zuführen. Preußens Volk wird's niemals fehlen lassen, wenn der König ruht.

Die Truppen durchzogen unter enthusiastischem Zutruhe die Linden, die Gewerke bildeten Spalier. Nach der Parade sprach der König zu den Dekorirten: „Es ist ein erhebender Augenblick für mich, in welchem ich einen Theil meiner Armee, die ich zum Kriege aufbieten mußte, mit Ruhm und Ehre gekrönt in die Heimat zurückkehren und in meine Residenz einziehen sehe. Alle haben mit Hingabe und edelmütiger Tapferkeit gefochten, viele sehe ich hier um mich versammelt, die ich auszeichnen konnte als Anerkennung hervorragender Thaten. Uns zur Seite haben die Truppen meines hohen Alliierten, des Kaisers von Österreich, in Tapferkeit gewetteifert. Den blutigen Kampf ist stets der Sieg gefolgt und ein ehrenvoller Friede ist der Lohn so großer Anstrengungen.“

Der Vorsehung, die Ihr in mancher entschiedenen Stunde angerufen, gebührt unser Dank, daß sie unser gerechtes Unternehmen sichtlich gesegnet hat. Euch allen wiederhole und erneure ich meinen königlichen Dank, den ich in der unvergleichlichen Stunde bei Doppel aussprach und den heute das Vaterland vereint mit mir Euch darbringt, daß ihr Preußens Ruhm, Ansehen und Macht erhöht und befestigt habt.

Wenn der König Euch wieder ruft, so seid eingedenk des Grußes, den Ihr alle tragt, und vererbt ihn auf Kind und Kindeskinder: „Mit Gott für König und Vaterland!“

Weimar, 7. Dezember. Die „Weimar. Zeitung“ meldet: Die sächsischen Truppen werden auf ihrem Rückmarsche aus den Herzogthümern ihren Weg über Harburg, Hannover, Kassel, Eisenach, Coburg, Lichtenfeld und Hof nehmen.

Hannover, 7. Dezember. Lieutenant Nanne hat heute früh im Offiziersgefängnisse durch Oeffnung der Pulsader und Schüttie in den Hals seinem Leben ein Ende gemacht.

Paris, 7. Dezember. Der kais. Gerichtshof hat in dem Processe der Dreizehn das Urtheil des Gerichtshofes der ersten Instanz, welches jeden derselben zu 500 Francs Strafe verurtheilt, bestätigt.

Paris, 7. Dezember. (Pr.) Mocquard ist wieder in einen gefährlicheren Krankheitszustand verfallen und hat sein Testament gemacht.

Haser fl. — (Mg. Pr. fl. 1.87); Halbstück fl. — (Mg. Pr. fl. 3.2); Heiden fl. — (Mg. Pr. fl. 2.97); Hirse fl. — (Mg. Pr. fl. 2.97); Leukurz fl. — (Mg. Pr. fl. 3. —); Erdäpfel fl. 1.60 (Mg. Pr. fl. —); Linsen fl. 3.50 (Mg. Pr. fl. —); Erbsen fl. 4. — (Mg. Pr. fl. —); Fisolen fl. 4. — (Mg. Pr. fl. —); Rindschmalz pr. Pfund fr. 55, Schweinschmalz fr. 40; Speck, frisch fr. 28, geto geräuchert fr. 40; Butter fr. 50; Eier pr. Stück fr. 21; Milch (ordinär) pr. Pfund fr. 10; Rindfleisch pr. Pfund fr. 19—21, Kalbfleisch fr. 22, Schweinfleisch fr. —, Schöpfsfleisch fr. —; Hähnchen pr. Stück fr. 22, Tauben fr. 10; Hen pr. Ztr. fl. 1.10, Stroh fr. 65; Holz, hartes 30", pr. Klafter fl. 9.50, geto weiches fl. 7.50; Wein (Mg. Pr.) rother und weißer, pr. Eimer von 8 bis 10 fl. (Ohne Einrechnung der Verzehrungssteuer.)

Theater.

Hente Freitag: Geschlossen.

Morgen Samstag: Zum Vortheile des Komikers und Operettensängers Josef Blumlachner zum ersten Male:

Die Reise mit der Zither, oder: **Ein dummer Spitzbub'**, komisches Tiroler Lebensbild mit Gesang und Zitherspiel in 3 Abtheilungen von Josef Blumlachner, Musik von demselben.

Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmayr. Druck und Verlag von Ignaz v. Kleinmayr & Fedor Bamberg in Laibach.

Börsenbericht.

Staatspapiere und Lose ohne wesentliche Veränderung; Industriepapiere größtentheils um $\frac{1}{2}$ bis 1 fl. billiger. Wechsel auf fremde Plätze und Comptanten um einen

Wien, den 7. Dezember. Bruchtheil steifer. Geld flüssig. Umsatz ohne Veränderung.

Öffentliche Schulden.		Geld	Waare	Geld	Waare	Geld	Waare	Geld	Waare
A. des Staates (für 100 fl.)				Steiermark, Kärt. u. Krain, zu 5%	90.—	91.—	Gal. Karls-Ludw.-B. j. 200 fl. GM. 230.80	231.—	
In österr. Währung . zu 5%	66.—	66.25	Währen	5 " 91.50	92.—		Dest. Don.-Dampfssch.-Ges. 50 fl.	448.—	449.—
deito rückzahlbar	97.—	97.20	Schlesien	5 " 89.—	90.—		Dest. Österreich. Lloyd in Triest 50 fl.	230.—	232.—
deito rückzahlbar von 1864	86.30	86.40	Ungarn	5 " 73.50	74.—		Wien. Dampfsm.-Austg. 500 fl. d. 28	400.—	410.—
Silber-Anleihen von 1864	87.—	87.25	Temeser-Banat	5 " 72.25	72.75		Bester Kettenbrücke	350.—	355.—
Nat.-Anl. mit Jän.-Coupon. zu 5%	79.65	79.75	Kroatien und Slavonien	5 " 74.50	75.50		Wöhlm. Webkahn zu 200 fl. f. M.	166.25	166.50
" " " Apr.-Coupon.	5 " 79.55	79.65	Galizien	5 " 73.—	73.50		Eisenbahn-Aktien zu 200 fl. f. M.	m. 140 fl. (70%) Einzahlung	147.—
Metalliques	5 " 70.70	70.80	Siebenbürgen	5 " 71.25	71.75		Vsandbriefe (für 100 fl.)		
deito mit Mai-Coup.	5 " 70.75	71.85	Bukowina	5 " 71.—	71.50		National-, 10jährige v. J.		
deito	41.—	62.25	" m. d. Verl. -G. 1867 " 5 " 70.—	72.—		bau auf 1857 zu	5% 102.—	102.50	
Mit Verlos. v. J. 1859	155.—	155.50	Aktien (pr. Stück.)	5 " 96.—	96.50		C. M. } verlohbare 5 " 93.25	93.50	
" " " 1854	88.75	89.25	Nationalbank	777.—	778.—		Nationalb. auf d. W. verlohb. 5 " 89.30	89.40	
" " " 1860 zu 500 fl. 93.65	93.65	93.75	Kredit-Anstalt zu 200 fl. d. W.	175.—	17.10		Ungarische Boden-Kredit-Anstalt		
" " " 1860 " 100 " 95.70	95.70	95.80	R. d. Escom.-Ges. j. 500 fl. d. W. 589.—	590.—		zu 5% v. C. 82.75	83.—		
" " " 1864 " " 81.50	81.50	81.60	R. Ferd.-Nordb. j. 1000 fl. C. M. 1890.—1892.—						
Como-Rentensch. zu 42 L. austr. 19.50	20.—		Staats-Ges.-Ges. zu 200 fl. GM.						
B. der Kronländer (für 100 fl.)			oder 500 Fr.		203.20	203.40			
Grundlastungs-Obligationen.			Kais. Elekt.-Bahn zu 200 fl. GM. 134.25	134.7.—					
Nieder-Österreich	5% 90.50	90.70	Süd.-nordb. Verb.-B. 200 " "	119.75	120.25				
Ober-Österreich	5 " 89.50	90.50	Süd. Staats-, Lombardisch-venes-						
Salzburg	5 " 90. -	90.50	tianische und central-italienische						
Wöhlm.	5 " 93.—	93.50	Ges. 200 fl. d. W. 500 Fr. 236.—	237.—					

Fremden-Anzeige.

(2342—2)

Ganz neue Möbeln

sind wegen baldiger Abreise im Hause Nr. 70b in der Kapuziner-Vorstadt (Klagenfurter-Straße) billigst zu verkaufen.

(2327—3)

Eine Wohnung.

Der 1. Stock des Hauses Nr. 259 am Hauptplatz, bestehend aus 5 Zim- mern, Küche, Speisekammer etc., ist von Georgi k. J. zu vergeben.

Näheres bei B. C. Supan da-

(2353—1)

R. k. priv. Südbahn-Gesellschaft.

Eröffnung der Haltestelle Optschina für den Personen- und Gepäcks-Verkehr.

Vom 15. Dezember 1864 an wird versuchsweise für die Dauer eines Jahres bei dem Wächerhause Nr. 458 nächst Optschina zur Aufnahme von Personen, sowie zur Auf- und Abgabe des Reisegepäcks derselben eine Haltestelle eröffnet, wo die Postilje 1 Minute anhalten werden.

Die Bahngebühren werden für südwärts Reisende und deren Gepäck von Sessana aus, dagegen für nördlich Reisende und deren Gepäck von Prosecco aus berechnet werden. Nur für Transporte von Optschina nach Prosecco oder Sessana sind die Bahngebühren auf die Entfernung einer Meile zu entrichten.

Wien, im Dezember 1864.

Die Betriebs-Direktion.

(2352—1)

Das Gasthaus

zum „Kaiser von Österreich“

zu Militär-Sissak,

aus 13 Zimmer-Abtheilungen bestehend, vis-à-vis der Kulpabrücke, am Markt- und Donaudampfschiffahrtplatz situiert, ist vom 10. Jänner 1865 an auf ein oder mehrere Jahre zu verpachten.

Direkte Anträge nimmt die Eigenthümerin Frau Rosalia Khern zu Militär-Sissak, jedoch ohne fremder Vermittlung, entgegen, wo auch die Pachtbedingnisse einzusehen sind.

(2343—2)

Unterrichtskurs

in der

STENOGRAFIE.

Der Stenografen-Verein in Laibach wird mit Genehmigung der hohen Landesbehörde und im Einvernehmen mit der löbl. k. k. Gymnasial-Direktion am biegsamen k. k. Gymnasium durch Geprägten Lehrers Herrn Wilhelm Ritter von Triest einen unentgeltlichen Unterrichtskurs über Stenografie eröffnen, welcher im Lehrzimmer der VIII. Gymnastikklassse an Sonntagen von $\frac{1}{2} 10$ — $\frac{1}{4} 11$, und an Donnerstagen von 11 — 12 Uhr Vormittags abgehalten werden, und Sonntag am 11. d. M. beginnen wird.

An Sonntagen werden nach der Unterrichtsstunde auch Stenografische Schreibübungen für Geübtere stattfinden.

Wo zu Freunde der Stenografie höflichst eingeladen werden.

Von der

Direktion des Stenografen-Vereins in Laibach.

Hiezu ein halber Bogen Amts- und Intelligenzblatt.